

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

24.5.1919 (No. 121)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A m e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hochdruck-
Druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 A 25 P. durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 5 A 42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühren: die 7 mal gespaltenen Zeilen oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Zersendungsbeitrag. Wochensatz nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Amtlicher Teil.

Rheinschiffahrt.

In Nr. 200 des „Berner Bund“ vom 12. d. M. ist unter obiger Überschrift in einem vom eidgenössischen Departement des Innern mitgeteilten Artikel der Wortlaut des Begehrens wiedergegeben, welches die schweizerischen Delegierten in Paris der Kommission für die internationalen Häfen, Schiffsfahrtswege und Eisenbahnen unterbreitet haben. Darin sind einige Behauptungen aufgestellt, die, soweit Baden in Betracht kommt, den Tatsachen nicht entsprechen.

So wird in dem Artikel gesagt, daß die Bauten, feste Brücken oder Schiffsfahrtsbrücken (soll heißen Schiffbrücken) usw. in einem den Bestimmungen der Rheinschiffahrtsakte von 1868 entgegenstehenden Zustand gelassen worden seien. Gemeint sind damit die beiden festen Rheinbrücken bei Kehl-Strasbourg, die von Baden gemeinsam mit Frankreich und Elsaß-Lothringen unter Zustimmung der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in einer Zeit gebaut worden sind, als noch keine Schiffsfahrtsakte nach Basel existierte, sowie die 7 Schiffbrücken oberhalb Kehl-Strasbourg, von denen 5 in Elsaß-Lothringischer und nur 2 in badischer Verwaltung stünden. Der hier maßgebende Art. 30 der Rheinschiffahrtsakte lautet: „Die Uferregierungen werden dafür Sorge tragen, daß die Schiffsahrt auf dem Rhein durch Wehren, Triebwerke, Brücken oder andere künstliche Anlagen keinerlei Hindernisse finde und daß namentlich der Durchschiff durch die Brücken ohne Verzug bewirkt werde.“ Die Erbauung der genannten beiden festen Brücken ist ordnungsgemäß erfolgt und es sollte ihre Höherlegung bei der in Aussicht genommenen Bearbeitung eines Entwurfs für die Schiffanordnung der Stromstrecke Kehl-Basel in Rücksicht gezogen werden.

Die beiden badischen Schiffbrücken hatten genügend weite Durchlässe und um die Durchfahrt ohne Verzug bewirken zu können, war ein unentgeltlich zu benützendes telegraphischer und telephonischer Anmeldebienst, ähnlich dem zwischen Kehl und Lanterburg bestehenden, eingerichtet. Hiernach ist zu Unrecht von einem der Rheinschiffahrtsakte entgegenstehenden Zustand gesprochen worden. Die die Schiffsahrt nach Basel betreibenden Reedereien sind auch, abgesehen von der Zeit der ersten Versuchsfahrten, bei der badischen Regierung über die Bewienung der Schiffbrücken niemals vorstellig geworden. Wenn es in dem genannten Artikel weiter heißt: „daß die Arbeiten, die zum Beispiel in Art. 28 der Rheinschiffahrtsakte vorgesehen sind, unzureichend bis Basel ausgedehnt werden müßten (Verbädung, Baggerungen und Regulierung des Rheinstroms) derart, daß die geringste Tiefe des Fahrwassers während mindestens 300 Tagen wenigstens zwei Meter beträgt, so sei hiezu folgendes bemerkt:

Artikel 28 lautet: „Die vertragenden Teile machen sich wie bisher verbindlich, innerhalb der Grenzen ihres Gebietes das Fahrwasser des Rheins und die vorhandenen Leinpfade in guten Zustand zu setzen und darin zu erhalten. Auf Stromstrecken, welche noch nicht hinreichend in Stand gesetzt sind und deshalb ein veränderliches Fahrwasser haben, wird Lehteres von der Regierung, in deren Gebiet die Stromstrecke belegen ist, kenntlich durch Waaken bezeichnet werden.“ Daß die Strecke Strasbourg-Basel zu den noch nicht hinreichend in Stand gesetzten Strecken mit veränderlichem Fahrwasser gehört, kann kaum zweifelhaft sein, die Uferregierungen waren also lediglich zur Verbädung, nicht aber zu Baggerungen und zu einer Regulierung verpflichtet. Daß der bezüglich der letzteren ausgesprochene Wunsch der Schweiz weit über das Erreichbare und namentlich auch über das in der Strecke Strasbourg-Sondernheim mit der Regulierung bisher Erreichte hinausgeht, dürfte mit der Unkenntnis der Stromverhältnisse abwärts Basel zu erklären sein.

In einer weiteren Bemerkung des Artikels wird noch der Wunsch zu erwecken gesucht, als ob der Rhein bis Basel bisher lokalen und schiffsfahrtsfeindlichen Interessen zum Opfer gefallen sei. Dabei wird aber übersehen, daß es doch nur deutsche und seit 1910 nur badische Reedereien waren, die den ganzen Wasserverkehr von und nach Basel besorgten. Und wenn noch mit einer deutlichen Wendung gegen Baden die Meinung geäußert wird, daß künftig Art. 30 der Rheinschiffahrtsakte genau angewendet und infolgedessen jede Ableitung des Wassers zum Schaden der internationalen Schiffsahrt verboten werden müsse, so ist diese Schlussfolgerung aus dem eingangs erwähnten Artikel 30 gewagt. Diese Mahnung wäre nicht sowohl an die badische als vielmehr an die französische Adresse zu richten, da die Friedensbedingungen gerade in Art. 358 die alten elsässischen Wünsche auf eine weitergehende Ableitung des Rheinwassers zur Speisung der Schiffahrtskanäle und zur Bewässerung vertreteten.

Unangebracht ist auch am Schluß des Artikels die Betonung der Notwendigkeit, im Frieden das Recht der internationalen Stromschiffahrt unter Kontrolle des Völkerverbundes auszubauen. Dieses Recht war bisher stets gewahrt und das eidgenössische Departement des Innern dürfte kaum in der Lage sein, auch nur einen Fall anzuführen, in dem durch die Regierungen der konventionellen Uferstaaten von der Akte abgewichen worden ist.

Zur künftigen Tätigkeit der A., B.- und V.-Räte.

Nach dem Bericht einer oberbadischen Zeitung über die Kreistagung der A., B.- und V.-Räte des Kreises Freiburg, äußerten sich auf dieser Tagung verschiedene Redner über das Prinzip der Regierung, die Arbeiter- und Bauernräte gänzlich auszuschalten, indem sie ihnen immer mehr die Kompetenzen beschneite. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß bei der Regierung keineswegs die Meinung und Absicht besteht, die Arbeiter- und Bauernräte auszuschalten. Wenn jetzt die Arbeiter- und Bauernräte als Kontrollorgane für die Gemeindeverwaltungen und die Bezirksräte fortfallen, so entspricht dies durchaus den wiederholt gefassten Beschlüssen der Landesversammlung der A. und B.-Räte. Schon am 20. November v. J. wurde auf der ersten Landesversammlung der A. und B.-Räte die Forderung vertreten, Arbeiter- und Bauernräte in die Gemeinde- und Bezirksräte zu wählen bis zur endgültigen Regierungsbildung und zur Neuwahl der Gemeinde- und Bezirksräte. Diesem Beschlusse, der auf späteren Landesversammlungen wiederholt gefaßt wurde, hat die Regierung Rechnung getragen und entsprechende Anordnungen über die Vertretung der Arbeiterschaft in den Gemeinde- und Bezirksräten erlassen. Nicht die Regierung also, sondern die Arbeiter- und Bauernräte im Kreis Freiburg interpretieren jetzt die Beschlüsse jener Landesversammlungen falsch. Wer einigermaßen klaren politischen Blick besaß, mußte schon damals einsehen, daß eine sozialistische Mehrheit nicht zustande kommen konnte. Wegen die sonstige Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte ist aber von Seiten der Regierung nicht das Geringste unternommen worden. Bei einer halbwegs loyalen Haltung zur Tätigkeit der Regierung hätte man sich in einem derartigen Widerspruch zu seinen eigenen Beschlüssen nicht berufen können. Die Bemerkung des Berichtes über den auf der Tagung gefassten Beschluß, die Kontrolltätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte fortzusetzen, bis unter einer rein sozialistischen Regierung nach der politischen Gleichstellung auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung durchgeführt sei, spricht offen den Willen zur Aufrichtung der Rätebürokratur aus, die man wahrscheinlich mit bolschewistischen Mitteln angestreben versucht. Jedenfalls pflegen derartige Beschlüsse nicht von Sozialisten gefaßt zu werden, die den Boden der Demokratie noch nicht verlassen haben.

Die Wahlen zu den Handwerkskammern.

In der nächsten Zeit hat eine Neuwahl für die Handwerkskammern zum Ersatz der im Jahr 1910 gewählten Mitglieder und Erfahrmänner der Kammern und ihrer Gesellenvereine, sowie eine Ersatzwahl für die aus irgend welchen Gründen in der Zwischenzeit ausgeschiedenen, aus der Wahl des Jahres 1913 herborzugehenden Mitglieder und Erfahrmänner stattzufinden.

Die Vorschriften des Auftrages der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, nach welcher alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen sind, findet auf die Wahlen für die Handwerkskammer keine Anwendung, da nach Erläuterung der Reichsregierung vom 29. Januar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 123) unter öffentlichen Körperschaften in diesem Sinne lediglich Vertretungen des Staates und der Gemeinden zu verstehen sind. Einer Ausdehnung der Wahlberechtigung auch auf nicht organisierte Handwerker stünde zudem § 103a Gew.-Ordnung entgegen. So lange die reichsrechtliche Bestimmung, wonach die Mitglieder der Handwerkskammern nicht von den einzelnen Handwerkern, sondern von den Innungen, Fachgenossenschaften und gewerblichen Vereinen zu wählen sind, besteht, ist die Einführung der Verhältniswahl auf breiter Grundlage durch landesrechtliche Vorschriften nicht möglich.

Unter diesen Umständen ist seitens des Ministeriums des Innern die Anordnung getroffen worden, daß die diesjährigen Wahlen zu den Handwerkskammern nach der Verordnung vom 28. Januar 1913 (Gesetzes- u. V.-D.-Bl. S. 103 f.) vorzunehmen sind.

3 Vom Tage.

(Die Gefahr des Bolschewismus.)

Wir haben gestern an dieser Stelle betont, daß ein Teil unseres Volkes in seiner gemüthlichen Harmlosigkeit gar nicht ahnt, wie dicht die Gefahr des Spartakismus ihm bereits auf dem Nacken sitzt. Leider ist diese unsere Feststellung nach unserer Kenntnis der Lage nur garzu begründet. Nur eine kurze Zeitspanne trennt uns noch von dem Tage, an dem wir zu entscheiden haben werden, ob wir den modifizierten Friedensvertrag unterzeichnen oder nicht. Und gerade dieser Tag soll es sein, an dem Spartakus mit vereinter und inzwischen aufgespeicherter Kraft loszuschlagen gedenkt!

Eine neue Revolution ist geplant. Mit Gewalt und wütendem Terror, mit blutiger Willkür soll sie herbeigeführt werden. Das Unglück unseres Vaterlandes soll ausgenutzt werden zur Zertrümmerung alles dessen, was noch in unserem Staats- und Volksleben einigermaßen den Stürmen der Zeit zu trohen vermag. Und auf diesen Ruinen soll dann die Herrschaft des Bolschewismus, die Räteregierung ausgerichtet werden. Wie diese Räteregierung sich dann ausbreiten wird, das können wir uns leicht vorstellen, wenn wir an Rußland, Budapest und München denken. Selbst die Trümmer werden nochmals zertrümmert werden! Und aus diesem Schutthaufen soll sich dann das Gespenst der Weltanarchie erheben.

Wir Deutschen werden jedenfalls von der etwaigen Wirkung, von den etwaigen Erfolgen dieses Gespenstes nichts mehr verspüren, falls überhaupt von derartigen Erfolgen gegenüber siegreichen Völkern wird gesprochen werden können. Wir werden dann ein totes, vernichtetes Volk sein. Ein Volk, dem es schließlich gleichgültig sein kann, ob nach seinem Sterben auch noch andere Völker vom Todeskeim infiziert werden. Triumphieren aber werden die, die ohnehin nichts zu verlieren haben und triumphieren werden alle jene Phantasten, die des Glaubens leben, aus einer zerstörten Kulturwelt lasse sich nach den Theorien des Bolschewismus im Handumdrehen eine neues Weltgebäude zimmern.

Und zwar will Spartakus jene neue Revolution beginnen, ganz gleich, ob der Friedensvertrag unterzeichnet wird oder nicht. Im Falle der Unterzeichnung rechnet er mit der Hilfe, die ihm seiner Meinung nach durch die Aufrüttelung chauvinistischer und nationalistischer Leidenschaften beschieden sein wird; die Reaktion ist es, die ihm dann in die Arme arbeiten soll! Wird der Vertrag aber nicht unterzeichnet, so spekuliert er auf die Verzweiflung und Niedergeschlagenheit unseres Volkes, auf eine Panik, die es ihm ermöglichen soll, die bestehenden Regierungen zu stürzen und die Räteherrschaft an ihre Stelle zu setzen.

Diesem großen Plan hat sich inzwischen alles untergeordnet. Die partakistischen Drahtzieher haben schon seit Wochen die Veranstaltung lokaler Putzschere unterfangt und ihre Vertrauensleute darauf hingewiesen, daß man seine Kraft zurückhalten müsse für den einen, großen, entscheidenden Moment. Dieser eine Moment soll dafür um so gründlicher vorbereitet werden; und zwar geschieht das durch eine Agitation, die in ihrer Strupellosigkeit und raffinierten Technik so ziemlich alles in den Schatten stellt, was wir bisher in Deutschland erlebt haben. Diese Agitation geht von Mund zu Mund, sie äußert sich in der Gründung kommunistischer Ortsgruppen, in der Veranstaltung von Demonstrationen, in dem Versuch, ein allgemeines Streikfieber zu erzeugen.

Vor allem aber lebt sich diese Agitation aus in der Versendung und Verteilung von Flugblättern. Diese Flugblätter wenden sich ganz systematisch an die verschiedensten Bevölkerungsschichten. Dabei wird eine jede Bevölkerungsschicht gegen die andere aufgehetzt. Die Arbeiter bekommen Flugblätter in die Hand, die sie gegen die Soldaten aufhetzen, die Soldaten werden mit Flugblättern überhäuft, die sie gegen das arbeitende Volk aufhetzen. Die städtische Bevölkerung wird gegen die Bauern mobilgemacht, und den Bauern wieder wird der Haß gegen die Städte gepredigt. Daneben aber wendet man sich an die Arbeitslosen, an die Kriegsbe-

schädigten, an die Kriegerfrauen, kurzum an eine jede Schicht, bei der man nur irgendwie einen Lohn dieser Verbetungsarbeit erhoffen darf. Alle diese Flugblätter sind außerordentlich zielicher abgefaßt, und es gehört schon eine gewisse Portion Vernunft und Charakterstärke dazu, um die innere Verlogenheit dieser Machwerke zu erkennen und sich ihrer Wirkung zu entziehen. Wir haben zu unserem Volke, vor allem aber zur deutschen Arbeiterschaft auch heute noch das Vertrauen, daß sie diese Vernunft und Charakterstärke besitzt! Wir wissen, ein wie starker Idealismus in unseren deutschen Arbeitern steckt, wir kennen ihren praktischen Sinn, ihre durch eine langjährige politische Erfahrung gewonnene Besonnenheit. Auf die arbeitende Bevölkerung des Vaterlandes wird es ankommen! Sie in erster Linie wird die Schicksalsfrage zu beantworten haben, ob es unserem Volke möglich sein soll, sich trotz Not und Elend wieder aufzuraffen, oder ob es untergehen soll in den Strudeln einer blutigen, aberwitzigen, von den wildesten Instinkten entfesselten Revolution.

Die Kraft des inneren und äußeren Widerstandes, den die vernünftigen und Besonnenen Elemente unseres Volkes ausbringen, ist es, an der die Zerschlagungspläne des Spartakismus zerfallen werden. Aber diese Kraft muß gestählt sein, so daß sie jederzeit eingesetzt werden kann. Sie muß sich äußern in der Ablehnung verrückter, die Volkswohlfahrt zerstörender Experimente u. Forderungen, sie muß sich äußern in dem festen, mit allem Nachdruck betonten Willen, den geringen Bestand an wirtschaftlichen Gütern, den uns das Schicksal gelassen hat, zu verteidigen, ihn zu hegen und zu pflegen, damit aus diesem Bestand die Grundlage erwächst zu einer neuen, glücklicheren Zukunft.

Nichts sollte die deutsche Arbeiterschaft mehr hassen und mit tieferer Entrüstung ablehnen, als den Geist des Terrors, den Geist der Vergewaltigung, der aus den Plänen und Methoden des Spartakismus spricht! Im Zeichen des Terrors wird sich das, was man die Einigung des Proletariats nennt, nie erringen lassen. Diese Einigung wird nur möglich sein im Geiste der Brüderlichkeit und des Vertrauens. Diese Brüderlichkeit muß in unserem Volke wieder zu Ehren gelangen! Auf den Schlachtfeldern ist sie erprobt worden. In den Tagen des militärischen Zusammenbruchs und der Revolution ist sie dahingegangen. Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist es, sich selbst und damit unser ganzes Volk wieder zur Brüderlichkeit zu erziehen. Brüderlichkeit und sozialer Sinn sind zwei Aste, die aus einem Stamme wachsen. Gelangt unser Volk erst wieder in den Besitz dieser grundlegenden Tugenden, in den Besitz dieser Eigenschaften, die allein das Leben einer Volksgemeinschaft verbürgen, die allein uns eine bessere Zukunft zu schaffen vermögen, so werden wir, trotz der Furchtbarkeit unserer Lage, auch mit Spartakus fertig werden; wir werden die innerliche Krankheit, die an unserem Volkskörper zehrt, überwinden und von neuem hoffen dürfen. Aber die Stunde drängt, die Gefahr ist nahe! Rasch müssen wir uns aufraffen, damit wir den Schlag, den Spartakus zu führen gedenkt, parieren können! A.

* In den Frager. Das „Karlsruher Tagblatt“ antwortet heute auf unsere, vorgestern an dieser Stelle abgedruckte, ruhig und sachlich gehaltene Erwiderung in einer so bezeichnenden Weise, daß wir uns verpflichtet fühlen, diese Antwort ohne Kürzung widerzugeben. Es spricht viel warmerherziges kollegiales Gefühl und viel vornehm-menschliche Gesinnung aus diesem Ergruß. Er lautet:

„Ein Rückzug. Der „Karlsruher Zeitung“ sind unsere kritischen Bemerkungen zu ihrer seltsamen Betrachtung über den Ausfall der Gemeindevahlen „im ganzen Lande“ (1) auf die Herzen gegangen. Wir bedauern das aufrichtig, denn es lag wirklich nicht in unserer Absicht, ihre Redaktion, die — wie sie selbst schreibt — „unter der Last ihrer Arbeit beinahe zusammenbricht“ (wie furchtbar!), das dornenbolle Dasein noch mehr zu erschweren. Und wir nehmen daher Kenntnis von der authentischen Interpretation, die das Blatt seinem erwähnten Artikel nachschickt und in der sie auch tatsächlich einen Rückzug antritt. Danach war es also dem „Staatsanzeiger“ bekannt, daß am letzten Sonntag nicht alle Gemeindevahlen stattfanden. (Trotzdem veröffentlicht er aber eine Betrachtung über den Wahlausfall „im ganzen Lande“.) Und es war ihm weiter bekannt, daß das Klassenwahlrecht abgeschafft ist (trotzdem aber berücksichtigt er diese Tatsache in seiner Betrachtung in keiner Weise). Für die Zukunft dürfte es sich jedenfalls empfehlen, daß das Regierungsorgan seinen politischen Betrachtungen den nötigen Kommentar sofort mit auf den Weg gibt, damit sie nicht mißverstanden werden, oder aber, daß es von derlei Stillübungen überhaupt abläßt, seine Arbeitskraft würde dadurch geschont und die Öffentlichkeit würde nichts verlieren. Denn wie tiefgründig seine politische Weisheit ist, ergibt sich aus der Schlussbemerkung seiner Erwiderung, in der es sich auf den „Badischen Beobachter“ beruft und meint, dieses Blatt schreibe über die Karlsruher Wahlen, die Demokraten hätten von den bürgerlichen Parteien den kleinsten Prozentsatz von Stimmen aufgebracht. So hat der „Beobachter“ natürlich nicht geschrieben. Der „Staatsanzeiger“ hat es anscheinend in der Eile falsch aufgefaßt. Vielleicht findet er aber — trotz der drückenden Arbeitslast — einmal Zeit, die Wahlziffern von Karlsruhe sich anzusehen, er wird dann die für ihn überraschende Entdeckung machen, daß die Deutsche Demokratische Partei die höchste Stimmziffer von allen Parteien aufbrachte und daher als stärkste Fraktion in den neuen Bürgerausschuss einzog. Eine Tatsache, die der „Staatsanzeiger“ offenbar noch gar nicht kannte, die aber sozusagen und immerhin doch nicht ganz bedeutungslos ist und die einem politischen Beurteiler des Wahlergebnisses eigentlich schon — vor Abfassung seiner Betrachtung hätte einigermaßen bekannt sein müssen! Womit dieses Kapitel abgeschlossen sei. Ansonsten zu befürchten steht, daß die offizielle Redaktion unter ihrer Arbeitsbürde

wirklich aus dem Gleichgewicht kommt. Und das wäre doch jammerlich!

Die Stelle aus dem „Badischen Beobachter“, auf die wir uns bezüglich der Stimmziffern bezogen, heißt:

„Vergleicht man die Stimmziffern der Gemeindevahl mit denen der Wahl zur deutschen Nationalversammlung, so ist zunächst zu sagen, daß die Zahl der Wahlberechtigten zur Gemeindevahl zwar etwas kleiner war, weshalb eine Ausrechnung der Abnahme der Stimmziffern der einzelnen Parteien infolge der allgemeinen Wahlbarkeit kein völlig richtiges Bild gibt. Trotzdem ist es interessant, den Vergleich zu machen. Darnach hat das Zentrum mit jetzt 8687, Stimmen gegen damals 14 149 61 Prozent seiner früheren Stimmzahl erhalten, die Deutschen mit 3175 gegen 5506 = 57 Prozent, die Demokraten mit 10 750 gegen 21 564 = 49 Prozent, die Sozialdemokraten (zusammengekommen) mit 12 300 (8711 Mehrheitsstimm, und 3589 Unabh.) gegen 28 378 = 46 Prozent ihrer Stimmen vom 19. Januar.“ Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Wir haben die Antwort des „Karlsruher Tagblatts“ im Vorstehenden wörtlich abgedruckt, weil sie noch aus einem besonderen Grunde interessant ist. Sie liefert uns einen willkommenen Beitrag zu der Frage, wie es kommt, daß wir Deutschen im Auslande so unbeliebt sind. Der Geist, der so manchen unserer Volksgenossen innewohnt, und der diese Unbeliebtheit verschuldet hat, — hier in diesem Artikel des „Tagblatts“ haben wir ihn in der Reinkultur. Es ist der Geist der Kleinlichkeit, Dummheit und Unbornlichkeit! Womit der Fall nun auch für uns erledigt ist.

Politische Neuigkeiten.

Graf Brockdorff-Rantzau über die Lage.

* Der Reichsminister des Auswärtigen, Graf von Brockdorff-Rantzau, gewährte am Dienstag dem Vertreter des Nachrichtenbureaus des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Versailles eine Unterredung, in deren Verlauf der Führer unserer Friedensdelegation auf die Frage, wie die augenblickliche Lage sei, ungefähr folgendes antwortete:

„Wie Sie wissen, ist unsere Delegation in engster Fühlung mit der Reichsregierung in Berlin damit beschäftigt, die unendlich verwickelten Bestimmungen des Vertrages auf ihre Tragweite hin zu prüfen und festzustellen, ob wir in der Lage sein werden, den Bestimmungen zu entsprechen, die uns der Vertrag auferlegt. Diese Prüfung kann natürlich nur im Einvernehmen mit den maßgebenden Vertretern unserer Wirtschaft und Finanz erfolgen, die auf Grund eines sehr eingehenden Studiums der in vielen Fällen kaum übersehbaren von uns verlangten Verpflichtungen darüber Klarheit zu schaffen haben, ob uns erfüllbares oder unerfüllbares zugemutet wird. Denn das möchte ich gerade betonen, in diesem Augenblick handelt es sich weniger um die Verantwortung, Zeichen und Nichtzeichen, sondern darum, sich darüber klar zu werden, ob ein ehrlicher Mann das, was die Entente verlangt, unterschreiben kann oder nicht. Denn wenn er unterschreibt, dann muß er auch innerlich davon überzeugt sein, daß das deutsche Volk, so schwer es ihm auch werden mag, in zeitlich begrenzter Frist die Bedingungen zu erfüllen imstande ist, auf die der Unterzeichner es festlegt.“

Auf die Frage, ob die Prüfung des Friedensvertrages schon so weit vorgeschritten ist, daß ein Urteil über die Annahme oder Nichtannahme derselben schon jetzt besteht, erwiderte Graf Brockdorff-Rantzau:

„Dabei kann in diesem Augenblick noch keine Rede sein. Der uns vorgelegte Entwurf ist so kompliziert, steht in seinen Einzelheiten so viele internationale Verbindlichkeiten dar, und ist in seinen Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben so unsehbar, daß es gar nicht möglich ist, in einem Zeitraum von etwa 12 Tagen sich über alle diese Folgen Rechenschaft abzulegen. In einzelnen Punkten konnten wir bereits unsern Gegnern in großen Zügen unsere Ansicht mitteilen. Entschlüsse zu dem ganzen Vertrag konnten bisher weder hier noch in Berlin gefaßt werden.“

Mit Bezug auf die in der gegnerischen Presse an die Nase des Reichsministers noch dem besten Absehbaren geknüpften Forderungen erklärte Graf Brockdorff-Rantzau:

„Auf diese Frage kann ich mich nicht einlassen. Sie können sich aber denken, daß diese Forderungen und die daran geknüpften Kombinationen mich in meinem Arbeitsprogramm in keiner Weise beeinflussen werden. Heute kommt alles darauf an, daß das deutsche Volk und seine berufenen Führer die Ruhe bewahren, die zur Lösung des schwierigen Problems erforderlich ist. Das deutsche Volk steht vor einer schmerzlichen Aufgabe und ich habe die Gewißheit, daß es dieser Aufgabe gewachsen sein wird. Es kann aber auch überzeugt sein, daß die Reichsregierung und die Friedensdelegierten in gemeinschaftlicher Beratung nur einen Entschluß fassen werden, der die Interessen aller Bevölkerungsklassen berücksichtigt, und daß sie vor allem ihre Hauptaufgabe darin sehen werden, alles Menschennögliche zu tun, um den Deutschen eine Lebens- und Existenzmöglichkeit zu sichern.“

Die Wiederherstellung der Bergwerke in Nordfrankreich.

* Auf eine von Marshall Foch der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa unterbreitete Bitte um Überlieferung der Akten über die methodische Zerstörung der Bergwerke in Nordfrankreich erwiderte die deutsche Waffenstillstandskommission, daß solche Akten nicht beständen, da die Sprengungen nicht methodisch, sondern der Kriegslage entsprechend von Fall zu Fall angeordnet seien. Es seien nur wenige zusammenhängende Notizen, vorhanden, die allein durch einen mit den Details vertrauten Sachverständigen erläutert werden könnten, was immer von Nutzen beim Wiederaufbau sein würde. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, den betreffenden Delegierten zur Angabe der Erläuterung und zum Gebührensentscheid mit den französischen Bergwerksdirektoren zu entsenden. Auf diesen Vorschlag teilten die Franzosen am 22. Mai in Spa mit, daß Angebot der deutschen Regierung werde mit Dank angenommen. Des weiteren wurde vorgeschlagen, die Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter in Spa abzuhalten.

Der Notenwechsel in Versailles.

* Die Antwort der Alliierten auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 18. Mai über wirtschaftliche Bestimmungen erklärt: Die in der Note enthaltenen Prophezeiungen bezüglich der Bevölkerung, der Schiffahrt, der Kohlen, der Wolle usw. seien übertrieben. Deutschland müsse sich gegenwärtigen, daß es aus dem Unglück, das über die ganze Welt gekommen, und für das es hauptsächlich verantwortlich sei, nicht ohne Einbuße hervorgehen könne.

* Von den am 22. Mai in Versailles überreichten drei neuen deutschen Noten verlangt die, welche sich auf die Arbeitergesetzgebung bezieht, abermals die sofortige Einziehung von Gewerkschaftsvertretern aller Länder auch während der Friedensverhandlungen. Die Note über das Privateigentum wendet sich gegen den Plan der Entente, das deutsche Privateigentum im Auslande zur Zahlung der Kriegskosten heranzuziehen.

Die Antwort auf den deutschen Völkerebündnisvorschlag.

* Die Agence Havas berichtet: Auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau betr. die deutschen Vorschläge zu dem Völkerebündnis antwortete Clemenceau, die Kommission der Alliierten und assoziierten Regierungen studiere diese Vorschläge, deren Bestimmungen in allgemeiner Weise diskutiert werden könnten, wenn der Völkerebund definitiv konstituiert ist. Die Kommission beschränkte sich heute darauf, die Aufmerksamkeit auf eine Anzahl allgemeiner Punkte zu lenken.

Die Kommission ist der Ansicht, daß die im Projekt enthaltenen Vorschläge, die lange diskutiert worden sind, praktischer sind als die der deutschen Regierung und daß sie besser geeignet sind zur Erreichung eines Völkerebundes. Die Kommission stellt mit Befriedigung fest, daß Deutschland einem Völkerebund sympathisch gegenüber steht. Sie teilt die Auffassung der deutschen Vorschläge nicht und unterbreitet folgende Bemerkung: Ein Vermittlungsvorgang, entsprechend dem deutschen Organ, ist nicht geeignet, den Frieden zu unterhalten und die aus den Alliierten Vorschlägen bekannten Räte sind ihrer Meinung nach eher imstande, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Vermöge des Systems eines Vermittlungsausschusses kann öfters mit Erfolg eine Unterbrechung geführt und die dem Schiedsgerichte nicht unterbreiteten Konflikte können möglicherweise auf diese Weise beigelegt werden. Gegen die Einlegung einer deutschen Kommission wendet sich übrigens keine Bestimmung des Vertrages. Die deutschen Vorschläge wegen der Zusammenlegung und des Verfahrens eines ständigen internationalen Justizhofes werden vom Räte des Völkerebundes später geprüft werden.

Die allgemeine Durchführung des Prinzips des obligatorischen Schiedsgerichtes ist in der vorgeschlagenen Weise grundsätzlich unüberwindlich. Der Konflikt ist jedoch durch einen Appell an ein Schiedsgericht vor. Die Einrichtung eines ständigen Justizhofes wird der Weiterentwicklung des Gedankens förderlich sein.

Die Kommission steht den Versailles Vorschlägen betr. Freiheit der Durchfuhr des Verkehrs und der Wirtschaft und Handelsbeziehungen der verschiedenen Länder wohlwollend gegenüber. Entsprechende Abmachungen werden gegenwärtig erwohnen und dem Völkerebund unterbreitet werden.

Die Alliierten erkennen die Wohlgegründetheit des Vorschlages an, daß den zuwiderhandelnden Staaten die Kosten und Schäden anzuerkennen sind, die den Mitgliedern des Völkerebundes aus ihren Verfehlungen gegenüber dem Vertrage erwachsen. Immerhin besteht die Kommission darauf, daß der Völkerebund in dem bevorstehenden Falle einer solchen Vorsehung wirksame Maßnahmen vorsehen wird und sie hält es deshalb nicht für möglich, die Bestimmungen des Paktes in diesem Sinne abzuändern.

Die Kommission nimmt mit Genugtuung Kenntnis von der Tatsache, daß die deutsche Regierung dem Abrüstungsgebotem sympathisch gegenübersteht. Sie weist darauf hin, daß in den Vorkriegszeiten an die Mitglieder des Völkerebundes Projekte über die internationale Abrüstung vorgelegt sind.

Die Kommission nimmt die deutschen Vorschläge betreffend das Verfahren gegen die sich verweigernden Mitglieder des Völkerebundes zur Kenntnis, sie ist jedoch der Ansicht, daß ein wirtschaftlicher, automatisch einsetzender Druck auf die dem Fall zuwiderhandelnden Staaten im Zusammenhang mit den erforderlichen internationalen militärischen oder maritimen Maßnahmen einen schnelleren und wirksameren Erfolg zu verheissen scheint, als die deutschen Vorschläge.

Die Festsetzung der deutschen Gegenanschläge.

* Gestern fanden in Spa die Besprechungen zwischen den entsandten Kabinettsmitgliedern unter Führung des Ministerpräsidenten Scheidemann und der deutschen Friedensdelegierten in Versailles statt. In voller Übereinstimmung wurde lt. M. der Wortlaut der deutschen Gegenanschläge festgesetzt. Samstag werden die Versailles Friedensdelegierten mit dem Finanzminister die Einzelheiten der Finanzvorschläge zum endgültigen Abschluß bringen. Die Überreichung der Gegenanschläge, die ungefähr einen Umfang von 80 Schreibmaschinenseiten haben, wird in Wäde erfolgen. Die Minister und Delegierten der gegnerischen Seite werden nach Berlin und Versailles zurückgekehrt.

Eine Ohrfeige für die französische Kammer.

* „Matin“ teilt mit, daß Clemenceau im Budgetausschuß der Kammer die Bekanntheit des Friedensvertragsentwurfes, um welche der Ausschuss nachgesucht hatte, die er Grundlagen für die Ausgestaltung des Budgets besitzen müsse, verweigerte.

Der Protest der französischen Sozialisten.

* Die französischen Sozialisten haben lt. M. beschlossen, am Sonntag eine Massendemonstration zugunsten ihrer Revolutionsoffer abzuhalten. In einem Aufruf im „Populaire“ heißt es: „Protestiert mit Macht gegen die nationalen und internationalen Verbrechen, die Clemenceau, der Leiter der europäischen Reaktion, verübt hat.“

Der Schiedsspruch im Buchdruckgewerbe

* Zur Beilegung der Streitigkeiten im Buchdruckgewerbe hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefaßt, wonach mit Rücksicht auf den bestehenden Tarifvertrag der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt wird. Alljährlich in den Monaten Mai bis Oktober ist jedem Schützen unter Fortzahlung des Lohnes ein Erholungsurlaub zu gewähren, dessen Dauer sich nach der Beschäftigungszeit in den Betrieben richtet. Die Feuerungszulagen betragen wöchentlich 15 bis 20 Mark. Die Dauer des Abkommens erstreckt sich bis 31. August 1919.

Bolschewistische Erfolge in Kanada.

* Der „Times“ wird aus Montreal (Kanada) berichtet, daß die Zustände in Winnipeg hoffnungslos erscheinen. Winnipeg werde von dem Generalkomitee des Arbeiterrates beherrscht. Es wird ernstlich versucht, die bisherigen Einrichtungen durch das Sowjetssystem zu ergänzen. Viele der Gewerkschaften sind offenbar rein bolschewistisch. Die Regierung er-

greift Maßregeln, um gegen die Volkswirtschaft aufzutreten und die Bevölkerung hat zu Sicherheitszwecken eine freiwillige Wehr aufgestellt.

Schwierige Lage der Engländer in Afghanistan.

In der vergangenen Woche hat eine starke Zusammenziehung zahlreicher regulärer afghanischer Truppen gegenüber den britischen Streitkräften stattgefunden. Die Engländer haben die Grenzstädte aufgegeben, sich gegen die Engländer zu erheben. Diese haben derselben in geringem Maße entsprochen. In Kandahar ist der heilige Krieg proklamiert worden.

Die „Inform.“ meldet aus Paris: Nach den letzten Berichten des britischen Befehlshabers in Afghanistan haben die englischen Truppen vor neuen Angriffen der Afghanen sich zurückziehen müssen und haben dringend Verstärkungen, besonders Infanterie verlangt. Bei den Afghanen befinden sich zahlreiche indische Revolutionäre, welche die Operationen leiten. Infolge dieser Umstände müssen die Engländer von der Verwendung indischer Truppen Abstand nehmen.

Badische Uebersicht.

* Badische Wochenrückblicke.

Die geringe Beteiligung an den Gemeindevahlen, die in einer Anzahl von Gemeinden schon am letzten Sonntag stattfanden, läßt darauf schließen, daß ein großer Teil der Bevölkerung die Bedeutung dieser Wahlen noch gar nicht begriffen hat. Das ist um so merkwürdiger, als der Friedensvertrag auch das gesamte kommunale Wirtschaftsleben auf Jahre hinaus beeinflussen wird. Die außerordentlichen Umgehungen, zu denen sich eine Anzahl von Städten in Folge des katastrophalen Anwachsenden der Ausgaben bereits entschließen mußten, sollen eigentlich jedem vor Augen führen, was unser auf diesem Gebiete in Zukunft wartet. Für die Wählerkraft ist es infolgedessen von größter Wichtigkeit, Einfluß auf die innere Verwaltung zu bekommen. Den Rahmen dazu muß, wie der Minister des Innern, Kemmle, dieser Tage in einer sozialdemokratischen Versammlung in Mannheim ausführte, die neue Gemeinde- und Städteordnung schaffen, deren Ausgestaltung erst noch zu erfolgen hat. Der Minister erklärte in seiner programmatischen Rede u. a. auch, daß eine gewisse Zahl Stadträte beibehalten und aus den politischen Parteien herausgenommen werden müsse, ähnlich wie dies heute in der Staatsverwaltung geschieht. Er betonte dabei mit Recht, daß die Verantwortung auf dem Rathaus eine größere werden wird, daß die Anforderungen, die heute an die Gemeinden gestellt werden, ganz ungeheurer sind. Eine Sozialpolitik könne auf dem Rathaus nicht mehr betrieben werden. „Praktische Mitarbeit auf allen Gebieten!“ lautete die Parole. Diese zeitgemäßen Ausführungen werden wohl in allen Kreisen der Bevölkerung Zustimmung finden.

Die Notwendigkeit, die infolge der politischen Lage die Gemüter vielfach ergriffen hat, führte in den letzten Tagen in einigen Städten unseres Landes dazu, daß Hunderte von Einlegern größere Beträge bei den Sparkassen abholten, um das Geld zu Hause hinzulegen. Die meisten dieser Angehörigen dürften sich über den Zweck dieser Maßnahme gar nicht recht klar geworden sein. Glauben sie, daß das Geld im Falle eines feindlichen Einmarsches oder von Unruhen zu Hause sicherer aufbewahrt sei? Wir möchten das bezweifeln — der Feind würde, falls er wirklich käme und es auf das Geld des Einzelnen abgesehen hätte, die abgehobenen Summen auch von den Besitzern persönlich einzutreiben wissen. Und für den zweiten Fall, den wir natürlich ebensowenig erhoffen wollen wie den ersten, sei daran erinnert, daß bei Unruhen, die sich in Verbindung mit politischen Unruhen ereigneten, doch naturgemäß die Kriechfeder des Raubgesindelns in erster Linie immer die Hoffnung war, Geld zu finden. Es ist also schon aus diesem Grunde kein Zeichen von Klugheit und Voraussicht, das auf der Sparkasse immer noch am sichersten aufbewahrte Eigentum in seiner Wohnung aufzuspeichern. Von dem Hinterlust abgesehen, den die Einzelner erleben, entsteht durch die ungewöhnlichen Abhebungen auch ein Schaden für die Allgemeinheit, da durch sie dem Verkehr die nötigen Umlaufmittel entzogen werden. Mit Recht hat darum die Presse gegen die Unvorsichtigkeit des Rennens nach den Sparkassen Stellung genommen. Und sehr zutreffend wies beispielsweise die städtische Sparkasse in Karlsruhe darauf hin, daß die Geldanlagen bei der städtischen Sparkasse unter allen Umständen unbedingt sicher sind und die Gelder der Sparkasse unangreifbares Privateigentum bilden. Es sei deshalb durchaus ungerechtfertigt und ungewöhnlich, Sparanlagen über den wirtschaftlichen Bedarf hinaus zurückzuziehen. Im Gegenteil, könnten auch in Zeiten der Gefahr verfügbare Gelder nirgends sicherer aufbewahrt werden, als bei der Sparkasse. Das gleiche gilt natürlich von den Sparkassen und ähnlichen Kreditinstituten im allgemeinen.

Der Vollerhebung der badischen Landwirtschaftskammer schlossen sich in dieser Woche die alljährlichen landwirtschaftlichen Genossenschaftstagen an. Auch bei den Beratungen dieser beruflichen Interessenvertretungen gab es manches Interessante für die Allgemeinheit zu hören. So sprach z. B. in der Generalversammlung des badischen Molkereiverbandes Verbandsvorstand Leonhard über die Gründung neuer Milchgenossenschaften und die Vorarbeiten des Molkereiverbandes für eine neue Milchlieferungsordnung. Mit Hilfe dieser neuen Milchlieferungsordnung will man den Städten mehr Milch zuführen. Ein aus 10 Mitgliedern bestehender ständiger Milchsausschuß soll die neue Milchlieferungsordnung überwachen und bei der Preisregelung mit tätig sein. Dem Milchsausschuß sollen je fünf Vertreter der Produzenten und der Städte und ferner ein Vertreter der Regierung angehören. Diese Bestrebungen werden besonders in den großen Städten mit Freude begrüßt werden. Auf dem Verbandstag des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen nahm der Minister des Innern, Kemmle, in dankenswerten Ausführungen nochmals Gelegenheit, den Wünschen der Landwirtschaft gegenüber, die an sich zu billigen seien, zu betonen, daß man jetzt, wo es kaum möglich sei, die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen, nicht auch noch die Preise erhöhen könne, und ferner den Landwirten ans Herz zu legen, ihre Forderungen mit Rücksicht darauf noch etwas zurückzustellen. Sehr treffend wies er dann auf dem Verbandstag der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auf unsere Pflicht hin, uns jetzt nicht einer dumpfen Verzweiflung hinzugeben, sondern unsere ganze Kraft zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes zusammenzufassen. Dabei müßten die badischen Landwirte in erster Linie mitwirken. In der gleichen Sitzung widerlegte Ökonometrat Gaeder die Auffassung vieler, daß die Kriegsausgaben durch den unglücklichen Ausgang des Krieges verloren seien, und rief von einer Veräußerung der Kriegsausgaben ab. Ebenso warnte er vor der unfinnigen Selbstverleugerei, der gegenüber er den

bargebliebenen Zahlungsverkehr mit Recht empfahl. Für den Fall eines feindlichen Einmarsches betonte der Redner, daß das Geld in den Kassen Privateigentum und als solches auch dem Feinde heilig sei, daher solle man das Geld in den Kassen lassen. Bei der am selben Tag abgehaltenen Tagung der Landwirtschaftlichen Kreditverbandskommission, e. B. m. b. G., hatte Ökonometrat Gaeder übrigens ebenfalls die Abhebung der Sparkassengelder als Unfug gebrandmarkt, da die Sparkassen auch dann sicher seien, wenn die Franzosen kämen.

Einen sehr begrüßenswerten, für die Gemeinden wichtigen Erlaß hat das Arbeitsministerium neuerdings herausgegeben. Danach können durch die Gewährung von Baukostenzuschüssen bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel grundsätzlich nur solche Bauten gefördert werden, die den an Kleinwohnungsbauten in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht zu stellenden Anforderungen vollkommen genügen. Dies wird in der Hauptsache nur für Bauten von nicht mehr als zwei Hauptgeschossen zutreffen; Bauten mit mehr Hauptgeschossen können nur ausnahmsweise Berücksichtigung finden. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, vor Ausarbeitung der Pläne durch das Bezirksamt oder — in den Städten der Städteordnung — durch das Bürgermeisterei die Entscheidung des Arbeitsministeriums anzufordern.

Wir haben schon früher an dieser Stelle über die in Freiburg herrschenden Bestrebungen berichtet, die Stadt zu einer Babestadt zu machen. In Ergänzung dieser Mitteilungen ist nunmehr zu berichten, daß der Bürgerausschuß dieser Tage die Vorlage des Stadtrates auf Erziehung einer Thermalquelle im Güntertal-Zal genehmigte, wo durch einen Kurgänger eine Thermalquelle festgelegt worden ist. Das gleiche Ergebnis hatten Untergänge am Schloßberge. Auf Beschluß des Bürgerausschusses soll die erste Quelle angebohrt werden und falls sich tatsächlich ein Erfolg herausstellt, weiter ausgebaut werden. Dasselbe soll auch mit der zweiten Quelle am Schloßberge geschehen. Angesichts der wirtschaftlichen Schädigungen, die der Verfall der Gemälde in den in günstigen Fällen für unsere Städte bringen wird, ist diesen Versuchen, wie allem, was irgendwie zur Hebung des Fremdenverkehrs in Baden dienen kann, ein guter Erfolg zu wünschen.

Wucherpreise für Gerste.

Am 1. April wird uns geschrieben: Durch einen Teil der Zeitungen des Landes geht die Notiz, daß die Reichsgetreidestelle den Brauereien Kontingentfreie Gerste zum Preise von 150 Mark für den Zentner anbietet, daran wird da und dort die Bemerkung geknüpft, daß es sich hier nur um wucherische Geschäfte handeln könne. Es kann zur Beruhigung interessierter Kreise mitgeteilt werden, daß es sich bei dem Angebote um geringe, aus dem Auslande eingeführte Posten handelt, deren Preis für die Preise inländischer Erzeugnisse nicht zum Vergleich dienen kann.

Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden: am 23. März auf dem Bahnhof in Freiburg-Breisgau der Betrag von 44 M. 45 Pf.; am 23. März im Zug 431 eine Geldtasche mit 20 M. 5 Pf., abgeliefert in Melsheim; am 25. März auf dem Bahnhof in Baden-Baden ein Geldbeutel mit 84 M.; am 26. März im Zug 1067 ein Geldbeutel mit 4 Fr. 95 C., abgeliefert in Müllingen; am 26. März auf dem Bahnhof in Karlsruhe ein Geldbeutel mit 2 M. 40 Pf.; am 27. März im Zug 1294 der Betrag von 5 M. 10 Pf., abgeliefert in Kallat; am 27. März auf dem Bahnhof in Freiburg-Breisgau ein Geldbeutel mit 11 M. und eine Brieftasche mit 10 M.; am 27. März auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 5 M.; am 30. März auf dem Bahnhof in Mannheim ein Geldbeutel mit 24 M. 72 Pf.; am 30. März im Zug 614 ein Geldbeutel mit 20 M., abgeliefert in Engstingen; am 31. März im Zug 904 ein Geldbeutel mit 3 M., abgeliefert in Offenburg; am 31. März im Zug 1067 ein Geldbeutel mit 20 M. 5 Pf., abgeliefert in Bruchsal; am 4. April auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 10 M.; am 5. April im Zug 7 ein Geldbeutel mit 5 M. 30 Pf., abgeliefert in Müll; am 5. April auf dem Bahnhof in Seibersberg der Betrag von 15 M.; am 9. April auf dem Bahnhof in Krozingen ein Geldbeutel mit 4 M. 40 Pf.; am 10. April auf dem Bahnhof in Strassburg ein Geldbeutel mit 5 M.

Badischer Landtag.

Dem Landtag sind folgende Interpellationen zugegangen: Interpellation Weber-Heidelberg u. Gen.: den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr.

„Ist der Regierung bekannt, daß der Schutzverband stellerloser Kaufleute und Büroangestellter (Stz Düsseldorf) Gau Baden, Mannheim, Heinrich Langstraße 8, sich gestattet, bei badischen Handelsfirmen eingehende Erhebungen über Personalfragen, hauptsächlich aber über langjährige weibliche Hilfskräfte zu machen und behauptet, daß er das Recht habe, deren sofortige Entlassung auszusprechen und dieselben seinerseits sofort durch männliche Stellenlose zu ersetzen?“

Was gedenkt die Regierung in solchen und ähnlichen Fällen zu tun, in denen Frauen rücksichtslos brotlos gemacht werden und überdies durch Unbefugte in die Rechte der Arbeitgeber eingegriffen wird?“

Interpellation Gerhardt und Gen.: das Koalitionsrecht der Arbeiter betr.

„Ist der Regierung bekannt, daß in Mannheim seit drei Wochen eine Anzahl christlich organisierter Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaft aus ihrer Arbeitsstelle mit Gewalt bedrängt wurden?“

Was gedenkt die Regierung zu tun, diesen verwegentlichen Arbeitern zu ihren verfassungsmäßigen Rechten zu verhelfen?“

Interpellation Raaber-Karlruhe und Gen.: die Bürgerwehr betr.

„Hält die Staatsregierung die Äußerung des Herrn Ministers Kemmle auf der 5. Landesversammlung der N., S. und V.-Männer in Durlach am 3. Mai d. J.: „Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei dürfen der Bürgerwehr nicht angehören“ aufrecht und wenn ja, wie rechtfertigt sie diese Stellungnahme vor der Verfassung?“

Jungviehweiden in Baden.

Man schreibt uns: Es ist heute nötiger denn je, daß unsere Tierzucht auf natürlicher Grundlage aufgebaut wird, wenn sie dem Landwirt auf die Dauer Nutzen bringen soll. Dazu gehört in erster Reihe die naturgemäße Auszucht. Stallauszucht ist nicht nur teurer wie die Weidenauszucht, sie hat auch den Nachteil, daß die Tiere nie so gut körperlich entwickeln und so gesund sind, wie Weidetiere. Stalltiere heilen auch dauernd höhere Ansprüche an die Fütterung. Jeder Landwirt mag sich ausrechnen, daß eine Kuh, die bei verhältnismäßig einfacher Fütterung 8 Kübber bringt, einen größeren Nutzen abwirft, wie eine solche, die bei teurerer Fütterung schon nach dem 4. oder 5. Kalb dem Schicksal

weiser erheimfällt. Aus diesem Grunde haben sich schon jahrelang alle öffentlichen Stellen bemüht, die Jungviehauzucht auf der Weide immer mehr zu verbreiten. Baden besitzt eine große Anzahl staatlich unterstützter Jungviehweiden. Der Staat hat nicht nur Weideweise zur Errichtung dieser Weiden gewährt, sondern leistet noch fortgesetzt Zuschüsse zum Weidegeld, insbesondere für Tiere, die zum zweitenmal eine Jungviehweide besuchen. Die Landwirtschaftskammer gibt ebenfalls Zuschüsse zur Errichtung von Jungviehweiden und zahlt außerdem eine Geldprämie von 10 M. für jedes Jungtier, das zum zweitenmal auf eine Jungviehweide kommt und den staatlichen Zuschuß nicht erhält. Der Betrag an sich mag vielleicht manchem niedrig erscheinen, er soll jedoch auch nur einen Anreiz bedeuten für die Landwirte, daß sie von der überaus nützlichen und notwendigen Einrichtung der Weidenauszucht in immer ausgedehnterem Maße Gebrauch machen.

Die Schlägereien in Konstanz.

Aber die am Sonntag abend zwischen Zivilisten und Angehörigen des Freiwilligen-Bataillons stattgefundenen Schlägereien, die bekanntlich zu einer Verlesung des konstanzer Volksrats an die Regierung über das Verhalten des Freiwilligen-Bataillons führte, wurde vom Bataillon auf Grund vorgenommener Feststellung folgender Tatsachen aufgenommen: Die Anrempelungen von 9 Unteroffizieren begannen schon in einer Wirtschaft in Gagnau durch dort anwesende Zivilisten, die das Waffentragen der Unteroffiziere zum Gegenstand von abfälligen Bemerkungen machten und dabei beleidigende Ausdrücke brauchten. Als auf dem Abendhimmel sich eine Schär junger und älterer Männer erneut in beleidigenden Zurufen gegenüber dem Unteroffizier wie Faulenzer, Galunken, Kassebrüder, Bluthunde erging, schlug Sergeant Schmid den Kopf der Hauptfrieche eine tüchtige hinter die Ohren. Die sich daran entzündenden Tätlichkeiten wurden durch das Schiffspersonal beigelegt. Beim Verlassen des Schiffes trat den geschlossenen gebenden Unteroffizieren eine größere Anzahl Zivilisten entgegen mit dem Ruf: Halt, keinen Schritt weiter. Aus dem Publikum erging ein Herr Partei für die Soldaten, packte den Hauptfrieche und schlug ihm den Kopf über den Kopf. Darauf erfolgte ein allgemeiner Angriff seitens der Zivilisten, den die in der Notwehr befindlichen Unteroffiziere angesichts der Übermacht durch ihre Waffen abwehrten. Im Verlaufe der Tätlichkeiten wurde Feldwebel Schramm zu Boden geworfen, Sergeant Schmid und einige seiner Kameraden erlitten blutige Verletzungen. Die Streitigkeiten zogen sich allmählich nach der Markstraße hin, wo Mannschaften des Bataillons zu den Unteroffizieren trafen, die alsdann gemeinsam nach dem fehlenden Sergeant Schmid suchten. Auf dem Wege zur Kaserne kamen ihnen drei Gruppen des alarmierten Bataillons entgegen, um ebenfalls nach dem vermisst gemeldeten Schmid zu suchen. Bei ihrer Ankunft am Bahnhofsübergang zum Hafen wurde auch diese Abteilung von jungen Burschen mit Ausdrücken wie Faulenzer, Tagelöhner, Hünsmarktsoldaten usw. angeempelt. Als die Leute Miene machten, zu Tätlichkeiten überzugehen, ließ der Abteilungsführer den Platz säubern. Die Mannschaften gaben fünf Schreckschüsse ab, ohne daß hierdurch jemand verletzt wurde. Die Menge lief sich allmählich und es trat Ruhe ein, die nicht mehr gestört wurde. — Aus den Feststellungen ist, H. Bad. Landesztg. zu entnehmen, daß die Unteroffiziere in berechtigter Notwehr handelten und daß zu Folgerungen irgendwelcher Art keine Veranlassung vorliegt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Neuschälungsbekämpfung. Wie uns die Hauptstelle für Pflanzenschutz in Baden bekannt gibt, kann in diesem Jahre mit dem Spritzen gegen die Peronosporakrankheit der Reben voraussichtlich bis nach Pfingsten zugewartet werden. Der genaue Zeitpunkt, bis wann gespritzt werden muß, wird noch rechtzeitig bekannt gegeben. Auch mit dem Schwefeln hat es noch keine Eile.

Badische Zeitungsstimmen.

„Sollen wir unterzeichnen?“ Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Bad. Beobachter“ eine Zuschrift, in der es heißt: „Der Friedensvertrag ist eine Ungeheuerlichkeit und eine Wortbrüchigkeit. Er kann für uns nie zu Recht bestehen und wird es nie. Wir lehnen ihn ab mit Mut und Empörung. Können wir ihn also unterzeichnen? Da möchte ich doch eine Gegenfrage stellen. Frankreich hat 1871 den Frankfurter Frieden unterzeichnet und sich zur vollständigen Abtretung von Elsaß-Lothringen verpflichtet. Ist es nun diesem Vertrag treu geblieben? Heute wissen wir, daß ihn dieser Vertrag ein elender Felsen-Papier war. Es hat ihn so lange gehalten, als es mußte. Heute verlangt es nicht nur diese Provinzen, sondern auch die damals bezahlte Kriegsmitschuldung bedingungslos zurück. Wir aber bleiben unbewegsam dabei, daß diese Provinzen zu Deutschland gehören, ob wir unterzeichnen oder nicht. Dasselbe gilt vom Saargebiet und in ähnlichem Sinn von Deutsch-Ostpreußen mit Deutsch-Böhmen und Deutsch-Tirol. Hier handelt es sich um unüberäußerliche Rechtsfragen, die durch einen Gewaltfrieden niemals endgültig entschieden werden. Ein Papst hat einstens gesprochen: Coactus fecit. Gezwungen habe ich gehandelt. Unterschrift jetzt Deutschland, so gilt dasselbe von ihm, und ein solcher Friedensvertrag hat immer nur Bestand, solange die Gewalt seine Fortdauer erzwingt.“

Ich meine darum so: Für das deutsche Volk ist die Unterzeichnung eine bloße Zweckmäßigkeitfrage, gerade wie für Frankreich 1871. Wir fragen uns lediglich: Was ist für uns zurzeit erträglicher, die Fortdauer des Kriegszustandes, die Hungersnot, die Verflistung unserer Kriegsgefangenen auf unabherrschbare Zeit, die Besetzung von ganz Deutschland — oder das Ende des Krieges? Ich neige sehr zur Ansicht, das letztere sei entschieden vorzuziehen. In der Gewalt der Feinde sind wir im einen wie im anderen Falle. Die Feinde aber können unmöglich als vernünftige Menschen glauben, daß ein Volk einen derartigen Frieden länger hinnimmt als es muß.“

Ich habe diese Gedanken geschrieben als Stimme aus dem Volke, das letzten Endes vielleicht zur Entscheidung über die Fortdauer des Krieges oder den Frieden aufgerufen wird. Die Friedensbedingungen sind unter allen Umständen zu hart, als daß wir sie gewissenhaft halten können.“

Aus der Landeshauptstadt.

Befragung: Unter sehr starker Beteiligung fand gestern nachmittag die Beerdigung des Geistlichen Rats und Ehrendomherrn Anton Krieger statt. Die kirchlichen Begräbniszeremonien nahm der Vertreter des Erzbischofs Generalvikar Frig vor. Von der Friedhofkapelle bewegte sich der Trauerzug zum Grabe. Im Leidenzug bemerkte man u. a. Dompropst Bressle von Freiburg, Prälat Schmittmeier als Vertreter des evgl. Oberkirchenrats, Geistl. Rat Dr. Wobenstein als Vertreter der altkatholischen Gemeinde, Minister Trunf, Staatsrat Wittenmann und Oberbürgermeister Siegrist. Viele kath. Vereine, etwa 70 Geistliche von hier und auswärts, die kath. Studentenschaft gingen im Zuge. Am Grabe wurden zahlreiche Kränze niedergelegt und in Ansprachen das Wirken des Entschlafenen gewürdigt.

Amtliche Bekanntmachungen.
Pferde-Räude betr.
 Unter dem Pferdebestand des Ludwig Hoffmann I in Hochstetten ist die Räude ausgebrochen.
 Karlsruhe, den 21. Mai 1919.
 Bezirksamt. D.3. 171

Pferde-Räude betr.
 Unter dem Pferdebestand des Ferdinand Zimmermann in Viedelsheim ist die Räude ausgebrochen.
 Karlsruhe, den 21. Mai 1919.
 Bezirksamt. D.3. 172

Badisches Landestheater.
 Sonntag, den 25. Mai 1919 (So. 7.):

Tristan und Isolde

Anfang 6 Uhr
 Im Landestheater: Montag, 26. (No. 33): Die deutschen Kleinfäden. 7 Uhr. (4.60 M.). — Dienstag, 27. (Die 34): Der Postillon von Lonjumeau. 7 1/2 Uhr. (5.80 M.). — Donnerstag, 29. (außer Riete): Undine. 6 1/2 Uhr. (5.80 M.). — Freitag, 30. (Frig. 32): Das Eriemporal. 7 1/2 Uhr. (4.60 M.). — Samstag, 31. (Sa. 32): Zum ersten Male, Einjame Menschen. Drama in 5 Akten von Gerhard Hauptmann. (Braun: Hans Hum als Gast.) 7 Uhr. (5.80 M.). — Sonntag, 1. Juni (außer Riete): Hoffmanns Erzählungen. 6 1/2 Uhr. (7.— M.). — Montag, 2. (No. 34): Alessandro Stradella. 7 Uhr. (5.80 M.). — Im Konzerthaus: Sonntag, 25. Im weißen Rössl. 7 Uhr. — Donnerstag, 29. Als ich noch im Fingerringe. 7 Uhr. In der Festhalle. Mittwoch, 28. Volksnützliches Sinfonie-Konzert. 8 Uhr. (2, 1.50, 1 M.).

Konzerthaus Karlsruhe.
 Sonntag, 25. Mai 1919:

„Im weißen Rössl“

Anfang 7 Uhr.
Festhalle.
 Mittwoch, den 28. Mai, abends 8 Uhr
Volksnützliches Sinfonie-Konzert
 der Kapelle des Badischen Landestheaters.
 Eintrittspreise: 2.—, 1.50 und 1.— M.
 1. Konzert für Violine und Violoncell mit Orchester von Brahms, Violine: Herr Weischer, Violoncell: Herr Trautvetter.
 2. Dritte Sinfonie (Eroica) von Beethoven.

Kunsthändler u. Kunstgewerbehaus
KARLSRUHE

 GEMÄLDE
 Radierungen
 Stilleben
 Einrahmungen
Berber & Schawinsky
 221 Kaiserstraße 221
 Stets Eingang von kunstgewerbli. Neuheiten.

Radfahrer!
Herren- und Damenräder
 mit Gummi
Mäntel und Schläuche,
 In- und Auslandsware
 frisch eingetroffen.
Sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
 zu billigsten Tagespreisen
Reparaturen jeden Fabrikats
 werden schnell und billigst ausgeführt
 Best eingerichtete Reparaturwerkstätte
 daher nur fachgemäße Ausführung
Hartung & Rüger
 Telephon 3211 Marienstr. 63

Alttertümer:
 Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Jungdeutschlandbund Baden.
 Am Samstag, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet im Geologischen Hörsaal der Technischen Hochschule Karlsruhe (Eingang Hauptportal Kaiserstraße) Mitgliederversammlung statt.
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zum Landesitag für Körperpflege und Jugendberziehung.
 2. Beschlußfassung über Auflösung des J.D.B.
 3. Eventuelle Verfügung über das Vereinsvermögen.
 4. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Westerland auf Sylt
 Die Königin der Nordsee
 Hauptsaison: 1. Juni bis 15. September.
 Kalte und warme Bäder. — Gute Verpflegung. Luftpostverbindung. Kinderheilstätten. — Ausk. u. Prosp. d. d. Stadt. Badeverwaltung od. die Annonen-Expedition Huvag (Haasenstein & Vogler A.-G.), Karlsruhe: Kaiserstraße 136 u. Friedrich Morlock.

Hohentfels:
 „Gasthaus u. Pension“ 1/2 Stunde v. d. Stat. Albruck Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Tannwald. bietet Erholungsbedürftig angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

Oberkirch Hotel Schwarzer Adler
 Altbekanntes Haus für Touristen, Kurgäste, Vereine, mod. eingerichtet, elektr. Licht, Bäder, gedeckte Terasse, schattig. Garten, gute Küche m. eig. Metzgerei, reine Oberkircher Weine, bayerisch Bier, mäßige Preise.
 Emil Matt.

Erstklassiges Ölwachser-Krem
 Die Sriefel glänzend, weich und wasserdicht macht Budo-Schuhkrem.
 Budowerk Schwellingen N.

 Brillantkrem Budo N. 20

Verlag der Hahnischen Buchhandlung in Hannover.
 Mitte Mai gelangt zur Ausgabe:
Feyjs Allgemeines verdeutschendes und erklärendes Fremdwörterbuch
 mit Bezeichnung der Aussprache und Betonung der Wörter nebst genauer Angabe ihrer Abstammung u. Bildung. Neubearbeitet, vielfach berichtigt und vermehrt von Professor D. Lyon, weil. Stadtschulrat in Dresden. — 20. Originalausgabe mit Nachträgen besorgt durch Dr. Willy Scheel, Direktor des Althoff-Realgymnasiums zu Hannover.
 8°. (VII, 941 S.) Preis 15 M. in Halbleinen mit Schutzkarton. — Die von hervorragenden Gelehrten bearbeitete Originalausgabe des Großen Hefts mit über 10000 Fremdwörtern steht wissenschaftlich an erster Stelle und zeichnet sich durch gute typographische Ausstattung besonders aus. Neue Wortbildungen und Buchstabenwörter sind aufgenommen. Kein Zeitungsleser, sei es Privatmann oder Gelehrter, kann dieses Kompendium des Wissens entbehren.
 Sehr beliebt ist auch der Auszug in Taschenformat, der **kleine Heft**. Preis 4 M. geb. mit ca. 14000 Fremdwörtern, der Anfang dieses Jahres in 7. Auflage neu erschienen ist und seitdem schon wieder in Tausenden von Exemplaren abgesetzt ist. Gleichzeitig erscheint in 19. Originalausgabe das berühmte, ewig junge Buch:
Ueber den Umgang mit Menschen
 von Adolf Freiherr von Arnigg.
 8°. XII, 280 S., eleg. in Halbleinen 5 M.
 Trotz der unglücklichen Nachdrucke hat die mit der herrlichen Einleitung von Karl Goedeke versehene Originalausgabe sich bis heute die Gunst der Gebildeten, soweit die deutsche Sprache angeht, zu erhalten gewußt. Dieses Büchlein abgeklärter Lebensweisheit bildet in seiner schönen Form einen zuverlässigen Begleiter zum Glück und zur Zufriedenheit, der in heutiger Zeit von doppeltem Wert ist, wo die Harmonie der Seelen den Mangel an äußeren Glückszuständen ersetzen muß. — Mit dem allgemeinen Teuerungszuschlag durch jede Buchhandlung und vom Verlag zu beziehen. Man übersehe nicht, ausdrücklich die Originalausgaben obiger Bücher beim Buchhändler zu verlangen.

Preis-gekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft
 von A. Schlipf, 21. neubearb. Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbildungen, M. 13.35. Der Landwirtschaftslehrling, M. 9.10. Eintrags-Gemüsebau, M. 9.70. Gartenbuch, M. 5.75. Kaninchenzucht, M. 3.60. Ziegenzucht, M. 3.60. Geflügelzucht, M. 3.60. Gänsezucht, M. 2.20. Bienezucht, M. 5.—. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln, M. 6.—. Guter Ton und seine Sitze, M. 5.50. Mod. Tanglehrbuch, M. 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung, M. 3.20. Geschäfts- und Privatbriefsteller, M. 5.50. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co., Berlin CS 14, Annenstr. 24.** G.538

Ueber den Umgang mit Menschen
 von Adolf Freiherr von Arnigg.
 8°. XII, 280 S., eleg. in Halbleinen 5 M.

Preis-gekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft
 von A. Schlipf, 21. neubearb. Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbildungen, M. 13.35. Der Landwirtschaftslehrling, M. 9.10. Eintrags-Gemüsebau, M. 9.70. Gartenbuch, M. 5.75. Kaninchenzucht, M. 3.60. Ziegenzucht, M. 3.60. Geflügelzucht, M. 3.60. Gänsezucht, M. 2.20. Bienezucht, M. 5.—. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln, M. 6.—. Guter Ton und seine Sitze, M. 5.50. Mod. Tanglehrbuch, M. 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung, M. 3.20. Geschäfts- und Privatbriefsteller, M. 5.50. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co., Berlin CS 14, Annenstr. 24.** G.538

Bürgerl. Rechtspflege
 a. Kreisliche Gerichtsbarkeit.
 M.390. Freiburg. über das Vermögen des Nachlasses des Dr. Eduard Merrens in Freiburg wurde heute am 20. Mai 1919, vormittags 8 Uhr das

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe i. B. gegenüber der Hauptpost.
 Ausföhrung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Gelegenheitskauf!
Schlaf-Zimmer
 bestehend aus: 1 Schrank mit oder ohne Spiegel, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Bettstellen, 2 Rosten, 2 Nachttischen, 2 Matratzen, 3-teilig, mit Keil, 2 Stühlen, 1 Handtuchständer
 von Mark **1375.—** an
 nur so lange Vorrat reicht.
Möbelhaus Gebr. Karrer
 Hauptlager: Philippstr. 19. Laden: Ecke Kaiser- u. Douglasstr. (Hauptpost).

Alttertümer
 Ich kaufe zu angemess. Preisen: Alttertümliche Möbel jed. Art, Porzellane, insbesond. figürliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Eisenblech od. Porzellan, Goldschmuck alt. od. neu. Art, auch Bruchgold.
Antiquitätenhandlung Arnold Fischel
 Kaiserstr. 140, neben Rominger, Fernspr. 3166.

Geld
 in jeder Höhe auf L. u. H. Hypothek auszuleihen.
 Ankauf von Restkaufschillingen etc. August Schmitt, Karlsruhe, Hirschstraße 43. Teleph. 2117.

Zum sofortigen Eintritt
 suchen wir:
 1. einen **Gehilfen**, der in **Grundbuchsachen** eingearbeitet und selbständig beschließen kann.
 2. zwei **Gehilfen** die im **Expeditieren und Maschinenschreiben** gut eingearbeitet sind und möglichst schon auf Grundbuchämtern gearbeitet haben. G.539
 Bewerber wollen ihre Gesuche unter Angabe ihrer Bedingungen und Vorlage von Zeugnissen sofort einreichen.
 2.1
 Pforzheim, 20. Mai 1919.
Grundbuchamt
 Stanzmann.

Beim Männerzuchtshaus
 Bruchsal ist die Stelle eines **Arztassistenten** M.285.2.

Anstaltsarzt
 zu befehlen. Bewerber, welche die vorgeschriebene staatsärztliche Prüfung abgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen und einer Darstellung des Lebenslaufes bis 10. Juni 1919 beim Justizministerium einreichen.
 Karlsruhe, 12. Mai 1919.
 Justizministerium.

Bürgerl. Rechtspflege
 a. Kreisliche Gerichtsbarkeit.
 M.390. Freiburg. über das Vermögen des Nachlasses des Dr. Eduard Merrens in Freiburg wurde heute am 20. Mai 1919, vormittags 8 Uhr das

Bürgerl. Rechtspflege
 a. Kreisliche Gerichtsbarkeit.
 M.390. Freiburg. über das Vermögen des Nachlasses des Dr. Eduard Merrens in Freiburg wurde heute am 20. Mai 1919, vormittags 8 Uhr das

zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. Juni 1919 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Befestigung eines Gläubigerauswärters und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem diesseitigen Bericht Zimmer Nr. 27 anberaumt auf Samstag, den 21. Juni 1919, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu verhandeln oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestiz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Juni 1919 Anzeige zu machen.
 Heidelberg, 21. Mai 1919,
 Gerichtsschreiberei Amtsgerichts 2.

Besch. Bekanntmachungen
Badischer Personentarif Heft A.
 Mit Gültigkeit vom 28. Mai werden die Gebühren für hahnseitige Zuführung der Epsefahrgüter (Bes. Ausfuhrbestimmungen zu § 42 Eisenbahnverkehrsordnung auf S. 17 des Tarifs getriden. Die Bekanntgabe der neuen, erhöhten Gebühren erfolgt durch Schalteranschlag für die Stationen auf Schweizer Gebiet werden die Zustellgebühren in der Frankfurterzeitung festgesetzt.
 M.394
 Karlsruhe, 22. Mai 1919.
 Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.